

CONV 246/02

WG VIII 1

AUFZEICHNUNG

von	Herrn Barnier
für	die Mitglieder des Konvents
<u>Betr.:</u>	Mandat der Gruppe "Verteidigung"

Sie erhalten anbei zur Erleichterung der Arbeiten der Gruppe "Verteidigung" eine Aufzeichnung des Vorsitzenden der Gruppe, Herrn Barnier, mit näheren Ausführungen zu dem in Dokument CONV 206/02 enthaltenen Mandat.

GRUPPE "VERTEIDIGUNG"

Frage 1

1. Die Tragweite der ESVP ist in Artikel 17 Absatz 1 des Vertrags niedergelegt. Sie umfasst "sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der Union betreffen, wozu auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik ... gehört, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, falls der Europäische Rat dies beschließt".
Diese Tragweite ist somit sehr groß und das Ziel einer gemeinsamen Verteidigung wird als Möglichkeit aufgeführt, für deren Konkretisierung es nur eines Beschlusses des Europäischen Rates bedarf, ohne dass hierzu eine Regierungskonferenz einberufen zu werden brauchte. Ein solcher Beschluss wäre allerdings in den Mitgliedstaaten gemäß ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften umzusetzen.
2. Nach Absatz 2 dieses Artikels schließen die Sicherheitsfragen "humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedenschaffender Maßnahmen" ein. Der neue geopolitische Kontext, die Feststellung, dass die Sicherheit unserer Staaten von einer Reihe von Konflikten in Gebieten im Umfeld der Union bedroht ist, die anlässlich der Balkan-Krise in dramatischer Weise gewonnene Erkenntnis, dass die Mitgliedstaaten der Union nicht über ausreichende und angemessene militärische Fähigkeiten zur Bewältigung von Krisen verfügen, die sie direkt berühren, und dass folglich der Stimme der Union auf internationaler Ebene die notwendige militärische Untermauerung fehlt, haben den Europäischen Rat im Juni 1999 in Köln veranlasst, einen Prozess zur Entwicklung der Fähigkeit zur Krisenbewältigung einzuleiten.
3. Mit den "Petersberg-Aufgaben" im Sinne von Artikel 17 Absatz 2 ist indessen die Tragweite der ESVP nicht erschöpft. So hat sich nach dem Attentat vom 11. September die Frage gestellt, ob bei einem Anschlag ähnlicher Art oder mit biologischen oder chemischen Waffen gegen einen Mitgliedstaat von den anderen Mitgliedstaaten im Rahmen des Vertrages bestimmte Aktionen unternommen werden könnten - und wenn ja, welche.

Im Übrigen besteht zwischen elf Mitgliedstaaten bereits nach Artikel 5 des Vertrags von Washington (NATO) und zwischen zehn von ihnen ebenfalls nach Artikel V des Vertrags von Brüssel (WEU) eine gegenseitige Beistandsverpflichtung.

4. *Die Gruppe hätte sich mit der Frage zu befassen, ob in den Vertrag oder in ein ihm beizufügendes Protokoll eine kollektive Verteidigungsverpflichtung aufgenommen werden sollte, eventuell mit einer "Opting-in"-Klausel für diejenigen Mitgliedstaaten, die diese Verpflichtung derzeit noch nicht eingehen wollen oder noch nicht die Fähigkeiten dazu haben.*

Frage 2

5. Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung im Juni 1999 in Köln beschlossen, dass der Union die notwendigen Mittel und Fähigkeiten an die Hand gegeben werden, damit sie ihrer Verantwortung gerecht werden kann; im Besonderen hat er erklärt, dass die Union "glaubwürdige militärische Fähigkeiten" haben muss. Auf seiner Tagung im Dezember 1999 in Helsinki hat der Europäische Rat das bis 2003 zu erreichende Planziel ("Headline Goal") aufgestellt: die Union soll aufgrund einer freiwilligen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der Lage sein, Streitkräfte rasch zu verlegen sowie einsatzfähig zu halten, die imstande sind, den Petersberg-Aufgaben in vollem Umfang gerecht zu werden. Dies bedeutet die Fähigkeit, bis zu 15 Brigaden (50.000 bis 60.000 Mann) innerhalb von 60 Tagen zu verlegen und in diesem Rahmen in kleinerem Umfang Kräfte zur raschen Reaktion auf Krisen bereitzustellen. Ein solcher Einsatz soll - mit der für erforderlich erachteten Rotation - für mindestens ein Jahr aufrechterhalten werden können. Diese Streitkräfte sollen militärisch durchhaltefähig sein und über die erforderlichen Fähigkeiten in Bezug auf Streitkräfteführung und strategische Aufklärung, die entsprechende Logistik, andere Kampfunterstützungsdienste und gegebenenfalls zusätzliche Komponenten der See- und Luftstreitkräfte verfügen.
6. Seitdem haben auf der Ebene der Verteidigungsminister in Brüssel Konferenzen zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten stattgefunden, um so den Prozess zu lenken, der es ermöglichen soll, das in Helsinki aufgestellte Planziel zu erreichen.

Eine aufmerksame Analyse dieses Prozesses zeigt, dass die bestehenden Mängel zwar sehr wohl ausfindig gemacht wurden, dass es aber noch an ausreichenden Maßnahmen fehlt, um diese zu beheben. Die Fähigkeiten, die die Mitgliedstaaten der Union zur Verfügung stellen, sind die bereits erfassten, ohne dass es bislang eine nennenswerte Verstärkung oder Verbesserung gäbe. Lediglich zwei Mitgliedstaaten haben kürzlich erhebliche Aufstockungen ihres Rüstungshaushalts angekündigt. Die kritischen Mängel sind

- das Führungs-, Beobachtungs- und Kommunikationssystem;
- die strategische Aufklärung und die Beobachtung und Absicherung der eingesetzten Verbände;
- der strategische Transport;
- die Fähigkeit zum effektiven Einsatz.

Zur Behebung dieser Mängel sind Investitionen erforderlich und diese können einerseits durch eine Aufstockung der Verteidigungshaushalte und andererseits durch eine bessere Nutzung der Ressourcen erreicht werden (siehe Nummer 6).

7. Ausreichende militärische Fähigkeiten sind ein echter Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union, Krisenbewältigungsoperationen durchführen zu können, und genereller gesehen der Mitgliedstaaten, ihren Verteidigungsverpflichtungen nachkommen zu können.

Es sind daher Mechanismen ausfindig zu machen, die gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten ihren Zusagen in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten nachkommen. Eine Möglichkeit bestünde darin, wie bei der Währungsunion vorzugehen: dies würde bedeuten, dass strenge Kriterien festgelegt würden, denen die Mitgliedstaaten genügen müssten, um an der Verteidigungspolitik der Europäischen Union teilhaben zu können, und dass ein "Pakt" geschlossen würde, den sie dann befolgen müssten. Diejenigen Mitgliedstaaten, die nicht in der Lage wären, sich an diesem Mechanismus zu beteiligen, oder die dies nicht wünschten, könnten später beitreten, wenn sie die hierzu erforderlichen Bedingungen erfüllen.

Frage 3

8. Die zu den ersten beiden Fragen gemachten Ausführungen zeigen, dass die Bereitschaft der Mitgliedstaaten, im Verteidigungsbereich Fortschritte zu erzielen, nicht unbedingt gleich groß ist. Einige Konventsmitglieder haben die Frage aufgeworfen, wie mit der unterschiedlichen Bereitschaft und Fähigkeit in diesem Bereich innerhalb der Europäischen Union umgegangen werden kann.
9. *Bei der Krisenbewältigung könnten zwischen einigen Mitgliedstaaten spezielle Formen einer engeren Zusammenarbeit in Betracht gezogen werden, die einigen Mitgliedstaaten eine Operation ermöglichen würden, die auf die implizite Unterstützung oder konstruktive Enthaltung der übrigen Mitgliedstaaten zählen und als Operation der Europäischen Union angesehen werden könnte.*

Im Bereich des gegenseitigen Beistands und der militärischen Fähigkeiten sollte es den Staaten, die über die entsprechende Bereitschaft und die entsprechenden Mittel verfügen, aufgrund bestimmter Mechanismen möglich sein, ihr Engagement zu verstärken.

Frage 4

10. Der Beschluss, eine Krisenbewältigungsoperation einzuleiten, kann dem Vertrag zufolge nur vom Rat gefasst werden. So erging der Beschluss des Rates über die Tätigkeit der Polizeimission der Europäischen Union (EUPM) in Bosnien und Herzegowina die Form einer gemeinsamen Aktion. In einem solchen Beschluss wären in der Regel das oder die Ziele der Operation, eine Reihe von bei der Durchführung zu beachtenden Parametern sowie die Bedingungen festzulegen, unter denen der Hohe Vertreter, der dann den Vorsitz im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee führt, mit der Durchführung der politischen, militärischen und polizeilichen Aspekte betraut wird. Hinsichtlich dieser Maßnahmen würde der Hohe Vertreter somit mit Zustimmung des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees handeln, das nach den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Nizza die politische Kontrolle und die strategische Leitung der Operation wahrnimmt.

11. Nach den derzeitigen Vertragsbestimmungen können Beschlüsse im Zusammenhang mit der Durchführung von Operationen zur Krisenbewältigung nur vom Rat gefasst werden, der somit entweder zu einer Dringlichkeitssitzung zusammentreten oder die Beschlüsse im schriftlichen Verfahren fassen muss. Artikel 25 des Vertrags von Nizza sieht eine Übertragung der Beschlussfassungsbefugnis des Rates auf das PSK für die Dauer der Operation vor. Unter bestimmten Umständen könnte es allerdings erforderlich sein, sehr rasch Beschlüsse zu fassen, insbesondere um auf Ersuchen des Operationsbefehlshabers einzugehen.
12. *Die Gruppe sollte der Frage nachgehen, wie während der Durchführung einer Operation rasch und wirksam Beschlüsse gefasst werden können und wie dafür gesorgt werden kann, dass die für die Operation militärisch Verantwortlichen eine klare Befehlskette vorfinden.*

Frage 5

13. Handelt es sich bei der Krisenbewältigungsoperation um eine militärische Operation, so sorgen der Operationsbefehlshaber und der Einsatzstab der Operation unter Aufsicht des Militärausschusses für ihre Planung. Letzterer wird vom Militärstab der Europäischen Union unterstützt. Wäre auf Mittel und Fähigkeiten der NATO zurückzugreifen, so würden die Strukturen der Allianz für die Planung der Operation sorgen.
14. Da die Europäische Union über ein breites Spektrum von Krisenbewältigungsinstrumenten verfügt (Polizei, Stärkung des Rechtsstaats, Stärkung der Zivilverwaltung, Zivilschutz und natürlich humanitäre Hilfe), dürfte die militärische Operation Teil eines umfassenderen Ansatzes sein, der parallel hierzu oder in zeitlicher Folge weitere Teile umfasst. Es dürfte daher vorrangig sein, für eine kohärente Planung der einzelnen Komponenten der Initiative der Europäischen Union zu sorgen.

15. *Die Gruppe wird zu prüfen haben, wie für eine koordinierte Planung der militärischen und zivilen Komponenten einer Operation (die übrigens unter den Titel V oder unter den EG-Vertrag fallen können und somit entweder von den neuen politisch-militärischen Strukturen des Generalsekretariats des Rates oder von den Kommissionsdienststellen geplant werden müssen) gesorgt werden kann.*

Frage 6

16. Nach Artikel 17 Absatz 1 letzter Unterabsatz wird "die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik in einer von den Mitgliedstaaten als angemessen erachteten Weise durch eine rüstungspolitische Zusammenarbeit zwischen ihnen unterstützt".

Derzeit gibt es keine rüstungspolitische Zusammenarbeit auf der Ebene der Union. Einige Mitgliedstaaten beteiligen sich an rein zwischenstaatlichen Formen der Zusammenarbeit, die allerdings nur einige Aspekte der Rüstungspolitik abdecken. Es geht hier insbesondere um die OCCAR, der das Vereinigte Königreich, Frankreich, Deutschland und Italien angehören, und um die LOI, der neben den genannten vier Ländern noch Spanien und Schweden angehören.

Daneben gibt es ein Forum für die Rüstungszusammenarbeit, die WEAG, der 19 europäische Länder angehören, von denen 14 Mitglieder der Union und 16 Mitglieder der NATO sind. In diesem Rahmen wurde ein "Master Plan" vereinbart, um Fortschritte bei der Schaffung einer Europäischen Rüstungsagentur zu erzielen, jedoch erst, wenn "die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind". Es bestehen auch Kooperationsvereinbarungen zwischen mehreren europäischen Regierungen und der Industrie ihrer Länder über einige große Rüstungsprojekte (z.B. EUROFIGHTER).

17. Die Verteidigungshaushalte der 15 Mitgliedstaaten umfassen zusammen 170,754 Milliarden Euro (gegenüber 285,257 Milliarden Dollar im Verteidigungsetat der Vereinigten Staaten). Für wirkliche Fortschritte bei den militärischen Fähigkeiten müssen nicht nur Anstrengungen auf der Ebene der Verteidigungshaushalte unternommen werden, sondern auch auf der Ebene des Beschaffungswesens, um Größenvorteile zu erzielen, und auf der Ebene der Forschung und der Entwicklung im Rüstungsbereich.

Die Gruppe könnte der Frage nachgehen, ob Formen der Rüstungszusammenarbeit in den Vertrag aufgenommen werden könnten: eine Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten? eine freiwillige Zusammenarbeit mit Kriterien für einen Beitritt weiterer Staaten?

Die Gruppe könnte auch prüfen, ob eine Rüstungsagentur errichtet werden könnte, deren Aufgaben (Forschung, Entwicklung, Beschaffungswesen) und Funktionsweise näher festzulegen wären.
